

Beschluss der Konferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen im Bund und den Ländern am 24. und 25. Oktober 2022 in Brüssel

1 Solide Haushaltspolitik in Zeiten der Inflation

2 Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen im Bund und den Ländern warnen
3 davor, dass durch die Finanzpolitik der Ampel-Koalition im Bund der Ruin der öffentlichen Haushalte droht. Die
4 Krisen der vergangenen drei Jahre mit Corona, explodierenden Energiekosten, einer wachsenden Inflationsrate
5 und damit einhergehenden zunehmenden Verschuldungszinsen können einen Flächenbrand der Staatsfinanzen
6 entfachen.

7 Die Ampel-Koalition im Bund verteilt schuldenfinanziert per Gießkanne öffentliche Gelder. Diese
8 Bundesregierung plant in ihrem ersten Regierungsjahr mehr als 500 Mrd. Euro neue Schulden. Diese
9 Neuverschuldung führt zu einer wesentlichen zusätzlichen Zinsbelastung im Milliardenbereich. Die
10 anstehenden, notwendigen Zinsschritte der Europäischen Zentralbank werden diesen Effekt verschärfen.
11 Weitere Zinserhöhungen wird die Europäische Zentralbank machen müssen, um zu ihrer Kernaufgabe - der
12 Wahrung der Geldwertstabilität – zurückzukehren.

13 Die bisher beschlossenen Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung folgen keinem Gesamtkonzept. Mit der
14 Umschichtung von 60 Mrd. Euro Corona-Mitteln in den Energie- und Klimafonds oder der jüngsten
15 Kreditermächtigung von mehr als 200 Mrd. Euro für den Wirtschaftsstabilisierungsfonds ignoriert die rote Ampel
16 verfassungsgerichtliche Rechtsprechung. Die Ampel-Regierung wählt zuverlässig das falsche Instrument. Jeder
17 neue Haushaltstrick ist ein Frontalangriff auf die Schuldenbremse, angeführt vom Bundesfinanzminister.
18 Deshalb befürchten die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher, dass die Schuldenbremse im Bund und
19 einigen Ländern ausgehöhlt werden soll und der Verfassungsbruch zur Regel wird. Daher befürworten die
20 Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Hüterin solider
21 Staatsfinanzen gegen die Umwidmung der Corona-Kreditermächtigungen klagt.

22 Wir lehnen schuldenfinanzierte und auf Vorrat befüllte Sondervermögen oder Rücklagen für unspezifische
23 Ausgaben ab. Der Bundesrechnungshof stellt zurecht fest, wenn er feststellt, dass das 200 Mrd. Euro-Paket den
24 Grundsatz der Haushaltsklarheit und der Jährlichkeit verletzt. Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher
25 teilen die Einschätzung des Bundesrechnungshofes, der darin eine Verletzung des Grundgesetzes sieht. Eine so
26 wesentliche Neuverschuldung führt zu zusätzlichen hohen Tilgungs- und Zinslasten und damit zu einer
27 langfristigen Verengung der Handlungsspielräume für uns und künftige Generationen.

28 Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher unterstreichen während ihrer Konferenz in Brüssel, dass Solidität
29 wieder auf allen staatlichen Ebenen zum Grundprinzip nachhaltiger Haushaltspolitik werden muss, sowohl im
30 Bundesgebiet als auch der Europäischen Union. Deshalb fordern wir, dass alle Mitgliedstaaten die Ziele des
31 europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder verinnerlichen und die dauerhafte Schuldentragfähigkeit
32 ihrer Haushalte sicherstellen. Auch fordern wir ein Ausgabenmoratorium im Bund. In dieser Haushaltskrise
33 müssen Ausgaben im Großen wie im Kleinen zurückgestellt werden.

34 Eine Schuldenunion auf europäischer Ebene lehnen wir ab. Die Kreditaufnahme der Europäischen Union von
35 750 Mrd. Euro im Rahmen des Next Generation EU-Programms muss die Ausnahme bleiben. Etwaige weitere

36 Aufbauinstrumente sind in der Europäischen Union und in den Mitgliedstaaten aus dem regulären Haushalt zu
37 finanzieren und im Rat der Europäischen Union zu koordinieren. Es darf keine nationalen Alleingänge wie zuletzt
38 das deutsche 200 Mrd. Euro-Paket mehr geben. Bei unserer Tagung hier in Brüssel hat sich der Eindruck
39 bestätigt, dass Deutschland die europäischen Mitgliedstaaten durch sein unabgestimmtes Vorgehen vor den
40 Kopf gestoßen hat und sich damit in der Europäischen Union zunehmend isoliert. Deshalb ist es wichtig, an
41 bewährten Abstimmungsverfahren in der Europäischen Union festzuhalten und zukünftig durch einen
42 europäischen Beihilfenrechtsrahmen zu konkretisieren.

43 **Entlastungen aufgrund der Energiekostenexplosion**

44 Vermutlich werden Bund, Länder und Kommunen dieses Jahr erstmalig mehr als eine Billion Euro
45 (1.000.000.000.000 Euro) Steuern einnehmen. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies Steuererhöhungen von
46 knapp 20 Prozent. Und trotzdem sind die öffentlichen Haushalte an ihren Belastungsgrenzen – dabei sind die
47 Herausforderungen durch steigende Zinsen nicht berücksichtigt. Deshalb müssen Entlastungsmaßnahmen
48 zielgerichtet ausgestaltet sein und finanzierbar bleiben.

49 Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher fordern, dass der Staat sich als Preistreiber zurücknimmt: Deshalb
50 sollten die Strom- und Energiesteuern auf Energieerzeugnisse für die Dauer der Krise auf das europäische
51 Mindestmaß zurückgeführt werden. So würden Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger ohne zusätzlichen
52 Bürokratieaufwand bei den hohen Energiepreisen entlastet werden. Überproportional würden
53 einkommensschwache Haushalte profitieren, weil sie einen höheren Anteil an ihrem Haushaltsnetto für Energie
54 ausgeben.

55 Ungeeignete Ausgaben sollten hingegen unterbleiben. Die bisherigen Maßnahmen der Ampel-Koalition wirken
56 überwiegend ziellos, willkürlich und inflationstreibend. Die Energiepreispauschale und die angekündigte
57 Gaspreisbremse verpuffen, statt dass die Bundesregierung auf der Angebotsseite durch Maßnahmen die
58 Energiepreise zu senkt.

59 Mit Sorge sehen wir auch, dass die beschlossenen Auszahlungen zu unnötigen Belastungen bei Arbeitgebern
60 und in den Finanzämtern führen. Es ist bisher einmalig, dass eine Maßnahme wie die Auszahlung der
61 Energiepreispauschale über die Lohnsteuer laut Gesetzgebung dazu führt, dass „die zeitgerechte
62 Durchführung der Veranlagungskampagne 2023 gefährdet“ (BT-Drs. 20/1765) ist.

63 Abschließend verurteilen die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher, dass der Bund über die Köpfe der
64 Länder hinweg teure Ausgabenprogramme verkündet. Es kann nicht sein, dass die Maßnahmen sich massiv auf
65 die Handlungsspielräume von Ländern und Kommunen auswirken und die Betroffenen davon aus der Zeitung
66 erfahren müssen. Das ist schlechter Stil.